

Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall – Erinnerungspolitik und Demokratieentwicklung in Europa

FACHTAGUNG VOM 10. BIS 12. SEPTEMBER IN RIGA/LETTLAND

Zum Jubiläumsjahr 20 Jahre Mauerfall führte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Universität Lettlands und dem Baltisch-Deutschen Hochschulkontor eine internationale Tagung zur Erinnerungskultur und Demokratisierung in Europa durch. Die Konferenz vom 10. bis 12. September in Riga stellte den Höhepunkt der diesjährigen Veranstaltungsreihe zum Gedenken an das *Annus Mirabilis* 1989 dar. Universitätsprofessoren aus Europa und den USA, Historiker und Zeitzeugen präsentierten ihre Forschungsarbeiten, führten Diskussionen und ermöglichten es der Öffentlichkeit, sich an den Diskursen zu beteiligen.

Rund fünfzig Wissenschaftler waren zur Konferenz nach Riga angereist, um untereinander in Workshops sowie wie mit der interessierten Öffentlichkeit in Paneldebatten mit einander die Erinnerungspolitik sowie die Demokratieentwicklung in Europa der vergangenen Jahre zu diskutieren. Die Notwendigkeit dieses Diskurs unterstrichen bereits in ihrer Einführung der Rektor der Universität Lettlands, Mārcis Auziņš, die Geschäftsführerin des Baltisch-Deutschen Hochschulkontors Ieva Pranka sowie der Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Lettland Andreas Klein. Eine gemeinsame Erinnerungskultur sei in einem vereinten Europa ebenso wichtig wie die Europäische Verfassung, so die Aufforderung der Veranstalter an die Erlebnisgeneration, ihre Erfahrungen und Eindrücke an die jüngere Generation weiterzugeben.

Ivars Ijabs, Dozent am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Lettlands sowie Initiator der Konferenz, unterstrich diese Aufforderung nochmals in seinem Eingangsvortrag. Unter dem totalitären kommunistischen Regime im 20. Jahrhundert wurde jegliche Erinnerungskultur in einen unterdrückenden Rahmen gepresst. In den neu entstandenen demokratischen Staaten müssen jedoch Geschichte, und Erinnerungspolitik im Rahmen von demokratischen Prozessen frei und offen diskutiert werden.

Der Direktor des sozial- und politikwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität Lettlands, Nils Muižnieks, bezog in der ersten Plenarsitzung die Politik, insbesondere auch die Außenpolitik von Staaten, die sich auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion befinden, in eine aktive Erinnerungspolitik ein. Diese Erinnerungspolitik müsse allerdings sachlich und frei von Emotionen geführt werden. Ein Festhalten an Heldenmythen, z.B. wie im Fall der Lettischen SS-Legionen, würde international nicht goutiert werden. Innenpolitische ergäben sich durch Erinnerungspolitik deutlich mehr Komplikationen, da viele Bürger der früheren Sowjetunion nach Gründung der Nationalstaaten ohne Staatsbürgerschaft, aber auch ohne Identität, ohne Erinnerung geblieben sind. Dies trifft besonders auf die Situation in Lettland zu. Unter der russischsprachigen Bevölkerung werde die unterschiedliche Geschichtsdeutung als Diskriminierung aufgefasst

Ieva Zaķe von der Rowan Universität hielt anschließend einen Vortrag zum Thema *Sich*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LETTLAND

ANDREAS M. KLEIN
ULRICH THOMAS

September 2009

www.kas.de/lettland
www.kas.de

erinnern oder vergessen?: Das Problem von Intellektuellen in Lustrationsdebatten. Zake bezog sich dabei auf den Konflikt in vielen postsowjetischen Staaten, inwieweit KGB-Akten in Archiven zugänglich und deren Inhalt der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden sollte.

Als letzter Redner im Plenum äußerte sich Kazimierz Woycicki von der Universität in Warschau. Woycicki ging in seinem frei gehaltenen Vortrag den Fragen nach einem Verantwortungsbewusstsein für den Kommunismus und möglichen Interpretationen des Zweiten Weltkrieges nach. Dabei stellte er den sowjetisch-russischen Standpunkt dem westlichen gegenüber. Woycicki führte weiter aus, dass nach den Revolutionen im Jahre 1989 neue Auffassungen in die Debatten des 20. Jahrhunderts eingebracht wurden. Nationen in Mittel- und Osteuropa wurden nicht nur Opfer eines Krieges, der von Nazi-Deutschland begonnen wurde, sondern in gleicher Weise und manchmal sogar in einem größeren Ausmaß Opfer des Kommunismus und des totalitären Regimes der Sowjetunion. Woycicki analysierte in seinem Vortrag verschiedene Ansätze zur Aufarbeitung der europäischen Geschichte. Er vertritt die Meinung, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit notwendig sei, um den Weg zu einer europäischen Einigung zu ebneten.

Appell für mehr gesellschaftliches Engagement

Zum Abschluss des Tages fand im lettischen Okkupationsmuseum eine Podiumsdiskussion zur Erinnerungskultur und Demokratieentwicklung in Osteuropa statt. Der stellvertretende Leiter des Okkupationsmuseums Valters Nollendorfs, die Leiterin des lettischen nationalen Kulturrats Sarmite Elerte sowie Ilya Lensky vom jüdischen Museum in Riga und der estnische Europaabgeordnete Tunne Kelam nahmen auf dem Panel Platz. Als ein zentraler Gedanke des Gesprächs wurde die Frage diskutiert, ob die Okkupation Lettlands durch Nazi-Deutschland im Museum angemessen dargestellt oder aufgrund der vorherrschenden Schilderung der sowjetischen Okkupation in den Hintergrund gedrängt wird. Valters Nollendorfs bekräf-

tigte, dass die Leitung des Okkupationsmuseums daran arbeite, die Besetzung Lettlands im Zeitraum von 1940 bis 1991 adäquat zu schildern. Der estnische Europaabgeordnete Tunne Kelam betonte die Notwendigkeit einer Aufarbeitung des Kommunismus und räumte den Verbrechen des kommunistischen Regimes gleichen Stellenwert wie denen des Nationalsozialismus ein. Sarmite Elerte als Zeitzeugin des Baltischen Weges forderte die Gesellschaft zu politischem Engagement auf. Sie mahnte davor die Demokratie, für die vor 20 Jahren gekämpft wurde, nicht zu gefährden.

Neu-Inszenierung von historischen Ereignissen zur politischen Legitimität

Die Konferenz wurde am 12. September mit einem Beitrag des österreichischen Politikwissenschaftlers Andreas Pribersky fortgesetzt. Erinnerungspolitik habe seit 1989 einen wichtigen Stellenwert in den Mittel- und Osteuropäischen Staaten erfahren. Einerseits diene eine neue Darstellung der Vergangenheit durch Symbole und Rituale als amtliche Etikette und könnten damit größere Aufmerksamkeit erzeugen. Damit verbunden seien materielle Prozesse, welche die Beseitigung und den Bau von Monumenten, Denkmäler, etc. bedeuten. Andererseits scheine Erinnerungspolitik als Referenzrahmen für die Legitimation politischer Programme allgemein zu dienen. Politische Debatten könnten z.B. dadurch entschieden werden, indem bestimmte Personen oder Gruppen als kommunistisch bezeichnet werden. In einigen Fällen führe politischer Disput dadurch zu sozialen Spaltungen und transformiere soziale in politische Gruppen. Als Beispiel führte Pribersky die Protestbewegungen gegen die ungarische Regierung seit 2006 an. Das erstaunlichste Phänomen dieser Bewegung seien die Versuche, historische Ereignisse neu zu inszenieren, um Legitimität in politischen Debatten zu erreichen.

Im Anschluss an den Vortrag von Professor Pribersky wurden Beispiele von Erinnerungspolitik in verschiedenen Ländern erläutert. Gabor Tallai vom Haus des Terrors in Budapest und Hubertus Knabe, der Leiter der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LETTLAND

ANDREAS M. KLEIN

ULRICH THOMAS

September 2009

www.kas.de/lettland

www.kas.de

in Berlin, berichteten über ihre Arbeit in den jeweiligen Ländern. Der tschechische Journalist Petr Brod ging auf die Situation in Tschechien ein, wo es (noch) keine vergleichbare Gedenkstätte gibt. Knabe erwähnte eine vor kurzem stattgefundene Umfrage unter Schülern in Berlin. Dabei kam bezüglich der DDR diffuses geschichtliches Wissen zum Ausdruck. Der Umfrage zufolge hielt z.B. jeder zweite befragte Schüler in Ostberlin die DDR für keine Diktatur und keinen Unrechtsstaat. Angesichts solcher Erhebungen, aber auch einer weit verbreiteten und zunehmenden Gleichgültigkeit gegenüber Politik und politischen Prozessen wie Wahlen, sehen die Wissenschaftler die Demokratie gefährdet. Daher richtete sich auch am zweiten Tag der Konferenz der Appell an die Tagungsteilnehmer und an die Politiker, sich aktiv am Prozess einer entstehenden Erinnerungskultur zu beteiligen, als aktiven Beitrag zur Demokratieentwicklung in Europa.